

Ersteinstufige
auswärtige mit Postamt
der Saale- und Weichsel.

Bezugspreis
monatlich 60 Pf. frei im Haus,
durch die Post vierteljährlich
1,80 Mark zum Nachschuß.

„Die Neue Welt“
(Wochenzeitung),
monatlich 10 Pfennig.

Schriftleitung:
Herr 49/44, Herrspacher 888
Sprechtunde: nachmittags von
12-1 Uhr mittags.

Wohlfahrt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigengebühr
betragt für die Spalten
Kolonne ab deren Raum
20 Pf. für auswärts
wegen 25 Pf., Anzeigen unter
dem Geschäft bis 75 Pf.

Anzeigen
für die dritte Nummer
müssen spätestens bis
mittags 9 1/2 Uhr in der
Druckerei abgegeben sein.

Hauptgeschäftsstelle:
Herr 49/44, Herrspacher 1047
Geschäfts: nachmittags nummer-
los von 7 Uhr früh bis
7 Uhr abends.

Herrliche Tage.

II. VB AP. v. 13

In den Jubelartikeln der bürgerlichen Presse wird nicht selten der Zolltarif von 1902 als eine Erbschaft der laienhaften Regierung gefeiert. Und doch ist es dieser Zolltarif, der die Teuerung — die in einem gewissen Maße allerdings auch in anderen Ländern eingetreten ist — in Deutschland so auf die Spitze getrieben hat. Man beachte nur die folgenden Zahlen. Die Handelsverträge, die auf Grund jenes Zolltarifs abgeschlossen wurden und am 1. März 1906 in Kraft traten, brachten z. B. folgende Erhöhungen des Zolls:

Für Roggen	von 3,50 auf 5,00	Mk. pro 100 kg
„ Weizen	„ 3,50 „ 5,00	„ „
„ Hafer	„ 2,80 „ 5,00	„ „
„ Braugerste	„ 2,00 „ 4,00	„ „
„ Mais	„ 1,80 „ 3,00	„ „
frisches Fleisch	„ 17,00 „ 27,00	„ „
„ Speck	„ 20,00 „ 27,00	„ „
„ Butter	„ 16,00 „ 20,00	„ „

Da sollen die Lebensmittel nicht teurer werden! Ingesamt entfiel der damalige Zolltarif nicht weniger als 946 Positionen, die für alle möglichen und unmöglichen Waren die Zölle und damit die Preise erhöhten. Es läßt sich auch ganz deutlich sehen, daß die Preise im Jahre 1906 ganz plötzlich und sprunghaft in die Höhe gingen, also als Wirkung der im Jahre 1906 in Kraft getretenen Zölle. Nach der amtlichen Statistik des Deutschen Reichs (1. Vierteljahrsheft 1913) fanden die Indizes für der folgenden Waren auf:

	1905	1906		1905	1906
Roggen	98	107	Baumwolle	114	130
Hafer	102	114	Kattun	108	127
Schweine	123	128	Rohes Eßes	101	119
Heringe	136	146	Steinöl	113	118
Schmelz	109	130	Petroleum	99	106

Da sage noch einer, daß die Teuerung nichts mit dem Zolltarif zu tun habe! — Nun gibt es Leute, die behaupten: in anderen Ländern, z. B. in England, wo man keine Zölle hat, sei eine ebensolche Teuerung eingetreten. Das ist aber einfach ein Mißverständnis, wie die Zahlen sofort beweisen werden. Allerdings sind auch in England die Preise gestiegen, aber lange nicht in dem Maße wie bei uns. Und was die Hauptstoffe ist: die Rohstoffe sind in der Tat auch in England fast ebenso sehr verteuert wie in Deutschland, die verarbeiteten Waren dagegen in Deutschland fast dreimal so stark wie in England. Gegenüber dem Durchschnittspreis der 90er Jahre waren die Preise der Rohstoffe:

in Deutschland	in England
1901/05 gestiegen um 13,2%	gestiegen um 13,8%
1906/10 „ 26,3%	„ 22,8%

Dagegen waren die Preise der **Raßungsmittel**:

in Deutschland	in England
1901/05 gestiegen um 9,5%	gestiegen (I) um 3,7%
1906/10 „ 28,9%	„ 2,9%

Dies zeigt klar, daß die Verteuerung der Rohstoffe eine natürliche, allmenewirtschaftliche Ursache haben muß; dagegen die Verteuerung der Raßungsmittel eine besondere, die nur in Deutschland wirkt. Das sind eben die deutschen Zölle.

Frägt man nun, warum die deutsche Regierung eine solche Politik der Verteuerung getrieben hat, so werden zwei Gründe angedeutet: erstens um der Landwirttschaft zu helfen, zweitens um Geld in die Kassen des Reichs zu bekommen. Auf das Kapitel von der „Not der Landwirtschaft“ wollen wir nicht weiter eingehen. Es genügt mitzuteilen, daß (nach den Berechnungen des Professors Brentano) allein in den 3 Jahren 1907-1909 nur die drei Waren, Weizen, Gerste und Hafer, dem deutschen Volke um 2767 Millionen Mark verteuert worden sind, wovon aber nur 281½ Millionen in die Reichskasse flossen. Der nichtliche Rest von 2485½ Millionen Mark fiel den großen Grundbesitzern zu, denen auf diese Weise natürlich kräftig geholfen worden ist.

Wenden wir uns dem anderen Grunde zu. Das Reich braucht Geld, viel Geld. Deshalb die Zölle und auch die Verbrauchssteuern, die neben den Zöllen die Lebenshaltung so unmäßig verteuern. Man denke nur an Salz, Bier, Tabak, Streichhölzer, Fahrkarten usw. — Wozu braucht denn das Reich so entsehrlich viel Geld? — Darauf gibt's nur eine Antwort: für Militär! Für Landheer und Flotte.

Uns Sozialdemokraten wird von unseren Gegnern gern der Vorwurf gemacht, wir seien deshalb gegen das stehende Heer, weil wir das Vaterland wehrlos machen wollen! Das ist ganz falsch. Wir wollen im Gegenteil die allgemeine Wehrpflicht verwirklichen. Wir wollen, daß jeder, der nur irgend die Waffen tragen kann, in ihrem Gebrauch geübt und, wenn es wirklich nötig werden sollte, zur Verteidigung des Landes herangezogen wird. Deshalb fordern wir die Erziehung der Jugend zur Wehrfähigkeit. Das aber kann das liebende Heer nicht leisten, weil es so unentsehrlich viel Geld kostet! Wennwichtig wird nur ungefähr die Hälfte der wehrfähigen Mannschaft ausgebildet, und das kostet schon so wahnwichtig viel, daß es eine Verworpelung ist nicht zu denken ist. Und gerade unter der Regierung Wilhelms II. sind die Ausgaben fürs Militär ungeheuer gewachsen. Es betragen die gesamten Kosten für Heer und Flotte:

1872	321 Millionen Mark
1897	846 „
1903	1062 „
1911	1167 „

Und in diesem Jahre 1913 hat man uns bekanntlich eine Militärvorlage gebracht, die allein zu ihrer ersten Verwirklichung 1000 Millionen verschlingen soll, ohne die vielen Millionen, die alljährlich dauernd drausgehen werden. Das ist das Loch, wo all die Geldmassen verschwinden, die das Volk in Gestalt von Zöllen und Verbrauchssteuern aufbringt, das ist die wahre Ursache, weshalb die Lage der breiten Massen heute eine so unglücklich traurige ist, wie wir sie am Anfang geschildert haben.

Nur einen kleinen Auschnitt aus der Entlohnung des deutschen Volkes während der 25 Jahre Wilhelms II. haben wir hier besprechen können. Aber wir glauben, es dürfte genügen, um die Frage zu beantworten, ob der deutsche Arbeiter irgendwelchen Anlaß zum Jubel hat.

Das Frauenwahlrecht auf dem Marcke.

Der letzte Wahlerfolg der Sozialdemokratie und die Siege der kleinbürgerlich-katholischen Radikalen in Norwegen haben dem Frauenstimmrecht dort zum Siege verholfen. Keine Partei wagte mehr, sich durch Ablehnung des Frauenstimmrechts unpopulär zu machen. Am Mittwoch hat das Storting (Parlament) einstimmig die Erweiterung des politischen Wahlrechts beschlossen, wodurch den Frauen das Wahlrecht in gleichem Umfange verliehen wird wie den Männern.

Der Senat von Illinois (einem der Vereinigten Staaten von Nordamerika) beschloß kürzlich die Einführung des Frauenstimmrechts. Am Donnerstag nahm auch das Repräsentantenhaus, die eigentliche Volksvertretung dieses Gezeis an, so daß es nunmehr ermöglicht in Kraft tritt.

In Dänemark trat am Donnerstag die neugewählte Kammer zusammen, in der Sozialdemokraten und Radikale bekanntlich die Mehrheit haben.

In wenigen Tagen wird Marck über die Sache entschieden sein, welches Ministerium mit der neuen dänischen Kammer arbeiten wird. Wir hatten es zunächst für selbstverständlich erklärt, daß die Radikalen das Ministerium übernehmen würden. Die Radikalen hätten sich nicht zu verhalten müssen, daß ihre Mehrheit von der Sozialdemokratie nicht gestützt wird und die Mehrheit nicht eintritt. Kräftige Gegenargumente lassen diese Art der Lösung aber zur Zeit nicht erwarten.

Bis jetzt ist der liberale Bernfies Ministerpräsident. Der Bernfies hat seine Partei dahin bekommen, einer ziemlich demokratischen Verfassungsreform zuzustimmen. Auf diese Weise sollten die proletarischen Wähler für die Liberalen gefördert werden; trotzdem haben die Liberalen die Mehrheit verloren.

- Vernfies Programm enthält folgende Forderungen:
1. Herabsetzung des Alters, welches zum Wählen berechtigt, von 30 auf 25 Jahre; Einführung des Frauenstimmrechts.
 2. Das Landsting, die erste Kammer, besteht jetzt aus 66 Mitgliedern; davon sind 12 von der Regierung (formell von König) auf Lebenszeit gewählt; nur bei einer Auflösung des Landsting kann die Regierung 12 andere ernennen; im übrigen werden 27 Abgeordnete des Landsting von den auf Grund eines ziemlich demokratischen Wahlrechts gewählten Gemeindevertretungen gewählt; 27 Abgeordnete werden von den Stabsbesetzern, den Wahlbezirken, gewählt. Das Ministerium Verrichten schlägt die Wahl sämtlicher Abgeordneten des Landsting durch die Gemeindevertretungen vor.
 3. Das Ministerium Verrichten schlägt vor, daß das Landsting nicht mehr berechtigt sein soll, über die einzelnen Bestimmungen des Etats und sonstiger Finanzgesetze abzustimmen. Etat und Finanzgesetze sollen nur noch im Gezen des Landsting zur Annahme oder Ablehnung vorgelegt werden.

Wozu Durchführung dieses Programms sind Sozialdemokraten und Radikale bereit, das liberale Ministerium Verrichten, das sie kürzen könnten, um Minder zu lassen.

Aber die Liberalen sind uneinig; sie haben aus Parteizwecklichkeit bisher die Aktionen des Ministeriums Verrichten mitgemacht. Ein Teil der Liberalen unter der Führung des früheren Ministerpräsidenten Eriksen sen will das Zustandekommen des Verrichten Programms verhindern. Es hofft früher oder später mit Hilfe der Konfessionellen eine reaktionäre Verfassungsreform erreichen zu können. Wohl kann das Landsting aufgelöst werden. Aber es nicht im Landsting mindestens eine Stimme Mehrheit für die Verfassungsreform zu erreichen ist, wird sie nicht Gelingen.

Wird Verrichten Ministerpräsident, so muß ihm die liberale Partei wohl oder übel folgen, weil sie den eigenen Parteiführer nicht im Stich lassen. Für seine Projekte müßten die Liberalen im Landsting stimmen. Im Fall der Vollvertretung, würde die Verfassungsreform eine so qualitative Mehrheit haben, daß sich das Landsting selber einschließen ließe als durch die knappe Mehrheit, die für die Verfassungsreform im Fall der Vollvertretung vorhanden ist, wenn die Liberalen dagegen stimmen. Die Herren und seine Freunde würden deshalb, daß ihre Parteigenossen vom Ministerium zurücktreten und einem „radikalen“ Ministerium Platz machen. Nur ein so unglückliches die Erfüllung dieses Wunsches verhindern: wenn nämlich Sozialdemokraten dann in das Ministerium eintreten. Sie glauben, daß unsere Partei an Anhang gewinnen wird, wenn es sozialdemokratische Minister gibt und deshalb breite Massen sich

schwerer als bisher die „Staatsgefährlichkeit“ der Sozialdemokraten einreden lassen. Aber sie rechnen darauf, daß ein freies Wahlrecht ein solches Sozialdemokraten keine Stelle im Ministerium annehmen dürfen. Das stimmt aber nicht. Zur Lösung einer bestimmten Frage in einer dringenden Situation dürfen Sozialdemokraten nach den Bedingungen der internationalen ausnahmsweise Minister werden. Wenn das liberale Ministerium Verrichten gegen den Wunsch der Sozialdemokratie den Intrigen im eigenen Lager zum Opfer fällt, und auf Verlangen der liberalen Fraktion zurücktritt, so wird ein Parteitag darüber entscheiden, ob ein nur aus Radikalen oder ein aus Radikalen und Sozialdemokraten bestehendes Ministerium die dänischen Staatsgeschäfte übernehmen wird.

Die Einführung einer demokratischen Verfassungsreform ist in Dänemark nun eine Frage der Zeit. Unsere Genossen sind stark genug, die Demokratisierung des Landes zu erzwingen, gleichgültig, ob die Liberalen der Gruppe Eriksen folgen und sich absetzen oder entsprechend der Taktik Verrichten gute Miene zum bösen Spiel machen.

Überall geht es vorwärts in der Welt: nur in Preußen nicht. Dieses nicht Ansehen nichtsüchtiger aller Staatswesen erwidert sich nicht weiter. Hier feiert die Barbare ihre Triumphe. Der Abstand zwischen dem erbärmlichen Preußen und den Kulturstaaten wird immer größer.

Politische Uebersicht.

Halle (Saale), den 17. Juni 1913.

Ein königliches Staatsrecht-Testament.

Professor Sings hat in seiner Jubiläumsschrift in der Berliner Universität mit der Absicht, die Verfassungsstreue des regierenden Hohenzollern ganz besonders zu unterstreichen, eine Geschichte von Staatsrechtsfragen mitgeteilt, die der später in Weistatankheit verfallene König Friedrich Wilhelm IV. allen preussischen Thronerben testamentarisch vermacht hat. Professor Sings erzählt darüber mit der anerkennlichen Bemerkung, daß er vom Kaiser ernannt sei, diese Dinge der Öffentlichkeit zu übermitteln:

Der regierende Kaiser sei von dem Justizminister und Staatsminister Dr. Friedberg in den letzten Stunden seines kaiserlichen Lebens darauf hingewiesen worden, daß ihm sofort nach dessen Hinscheiden ein für diesen Fall bereitgehaltenes verfaßtes Schriftstück von großer Wichtigkeit vorgelegt werden würde; und der Kaiser war dies das erste, was Seine Majestät auf seinem Schreibtische vorfand. Er öffnete es und erlachte sofort die charakteristischen Schriftzüge König Friedrich Wilhelms IV. mit vielen Unterdrückungen und Ausstrichungen, wie dieser zu schreiben pflegte. Es war ein politisches Testament, das jedem Thronfolger beim Regierungsantritt vorgelegt werden mußte; und es enthielt eine in den stärksten und beweglichsten Bewegungen gehaltene Mahnung, die Verfassung noch vor der Beendigung umzusetzen. König Friedrich Wilhelm IV. hatte ja, wie man weiß, zeitweise an dem Gedanken gehangen, die in Sturm und Drang des Revolutionsjahres geborene, von der Regierung zwar erst abtrünnert, dann aber auf dem Wege der Vereinbarung mit der Volksvertretung revidierte Verfassung zu erheben durch einen aus königlicher Machtvollkommenheit verliehenen Reichsbescheid, der gar nichts von dem revolutionären Charakter von deren Revolutionen an haben sollte. Es war die Absicht der weisesten Staatsmännerzeiten zwischen ihm und seinem Ministerpräsidenten Otto von Bismarck gewesen, daß dieser die Hand dazu nicht hatte bieten wollen. Nun hatte Friedrich Wilhelm IV. noch in der letzten Zeit hinaus auf seine Nachfolger einzuwirken gesucht mit aller Macht, die ein Toter auf Lebende ausüben kann, um diesem Königsnachfolger in Zukunft doch noch einmal Erfüllung zu verschaffen. Kaiser Wilhelm II. hatte ebensowenig wie seine beiden Vorgänger irgendwelche Neigung, diesem Appell seines kaiserlichen Großvaters zu folgen; aber er ging weiter. Er ertrug, daß die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sei, daß in Zukunft einmal ein junger, unerfahrenere Herrscher zur Regierung käme, auf den dieses Testament doch vielleicht einen verhängnisvollen Einbruch hätte machen können: „Und leidem — sagte Seine Majestät — war es mir, als ob ich ein Pulverfaß in der Hand hätte, und es lieg mir keine Ruhe, als bis das Testament verlesen war.“ Es wurde verlesen und das Testament an das königliche Archiv abgegeben mit der Bemerkung: „Anhalt vernichtet.“

Somit die Erzählung Professor Sings. Das Bild König Friedrich Wilhelms IV. wird durch diese Entschlüsselung nicht erheblich verändert; es steht längst geschichtlich fest, daß er ebenso feig wie treulos und hinterlistig war. In dem Moment, als er in der Nacht vom 18. zum 19. März den wehrlosen und trauernden Vettelbesitzer an seine „lieben Berliner“ schrieb, dachte er sicher schon darüber nach, wie er die heilige Revolution um ihre Kräfte stellen konnte. Und noch in der Zeit, da er mit den Marxministern regierte, in der Zeit, da er sich zum „Schützer des deutschen Einheitsgebanks“ aufwarf, ertrug er, wie die Landbevölkerung gegen die aufstehenden Berliner

zonen gehen vollkommen leer aus. Wenn die alten Arbeiter in Voll und Geld umkommen, können sie meistens das trübende Schweiß mit ins Grab nehmen, das das unschuldige Kapital, das einst für sie gesammelt wurde, der „Krobing Ölpreußen“ zufällt. Das ist die Veteranenfürsorge der preussischen Regierung, die die Spargen die Stiftung genehmigt hat.

Deutsches Reich.

— **Krupp und der Antiführerverband.** Infolge der lieblichen Entschuldigungen ist nach einer Mitteilung der Friedenspartei die Firma Krupp, die dem Verbands zur Verstärkung des Schmiergerumpelens angehört, jetzt durch einstimmigen Beschluß des Vorstandes aus diesem Verband aus geschlossen worden. Das ist bezweifelnd genug. Trotzdem erhielt Herr Krupp jedoch von Wilhelm II. einen Orden ...

— **Der Aufhebung der Versammlungsfreiheit** kommt eine Verfügung gleich, die von der preussischen Regierung erteilt wurde. In einem Dekret des Kultusministeriums sollte eine Versammlung unter freiem Himmel stattfinden, in der ein sozialdemokratischer Redner über die Weibervorteile zu reden gedachte. Von der zuständigen Behörde wurde die Genehmigung zu dieser Versammlung mit der Begründung verweigert, daß eine solche Versammlung „an einem Orte, der dem Publikum viel besucht werde, eine provokatorische Demonstration gleichkomme“ und daß diese Provokation „erhöhter Gegenüberstellungen herausfordere“ und somit die öffentliche Sicherheit gefährden könne. Das preussische Kultusministerium hat auf die eingeleitete Beschwerde hin diese Verfügung bestätigt und sich auch die Gründe des Verbots zu eigen gemacht. — Mit diesem, die preussische Praxis nachahmenden Verbot können alle Versammlungen einfach unmöglich gemacht werden.

— **So germanisiert das preussische Regiment in Schleswig.** Aus dem Dampfer ein dänisches Versteck, der mit einem Karpfen einen Ausflug nach Sonderburg unternahm, wurde beim Anlegen des Dampfers durch einen Polizeibeamten im Auftrag des Landrats das Land an der Uferseite des Dampfers in die Luft gesprengt. Es blieb dem Dampfer nichts übrig, als wieder zurückzufahren und seine Passagiere auf der Insel Fünen zu landen.

— **Ein „Brennenbund“.** Im preussischen Dreiflaßkauf wurde am Sonnabend ein sogenannter „Brennenbund“ gegründet. Nach der Kreuzzeitung ist die Gründung dieses Bundes „nicht zuletzt eine Folge der maßlosen Angriffe, welchen Preußen seit geraumer Zeit ausgesetzt ist.“ Das neue Organisationsgremium, an dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten teilnehmbar, hat seinen Namen wie folgt erklärt: „Wir nennen alle Versammlungen einfach unmöglich gemacht werden.“

Oesterreich-Ungarn.

Das neueste ungarische Schanzgesetz. Die Ernennung der neuen Regierung, die die Auslieferung der gesamten politischen Macht an Tisza bedeutet, hat sämtliche Parteien zu neuen Kämpfen aufgeführt. Die neue Regierung ist sich auch bewußt, daß sie nach unten jeden Fuß verlieren hat; daher bemüht sie sich ihre Stellung nach oben hin zu befestigen. Sie machte den Schenkentwurf über die Majestätsbeleidigungen, durch den die monarchische Institution geschützt werden soll. Der Schenkentwurf, den der Justizminister dem Reichstag bereits vorgelegt hat und dessen Annahme sicher ist, führt den Titel „Schenkentwurf gegen Majestätsbeleidigungen und gegen Angriffe des Königtums“. Er hat folgenden Wortlaut:

„Wer den König beleidigt oder die Maje des Königs auf eine beleidigende Art der Majestät unterzieht, wird wegen Vergehens mit Gefängnis bis zu drei Jahren und mit Verlust der bürgerlichen Rechte bestraft.“

Wer die in obigen Absätze bestimmte Tat in Wege eines Druckwerkes, durch öffentliche Ausstellung in Schrift oder Bild oder öffentlich mit Worten begeht, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren, mit einer Geldstrafe bis zu 4000 Kronen und mit dem Verlust der bürgerlichen Rechte bestraft.

Wer eine Bewegung zur Aufhebung der Institution des Königtums anregt, organisiert oder leitet, oder an einer solchen Bewegung teilnimmt, wer die Institution des Königtums in Wort oder Schrift oder bildlich angreift, oder gegen diese Institution aufwiegelt, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren und mit einer Geldstrafe bis zu 4000 Kronen, weiter mit dem Verlust der bürgerlichen Rechte bestraft.

Das in den vorstehenden Paragraphen bestimmte Vergehen fällt, ohne Rücksicht darauf, ob dies auf dem Vergehens oder auf andere Weise verübt worden ist, in den Wirkungskreis der ordentlichen Gerichtsbarkeit.

Die ganze Schwere des Gesetzes liegt in dem letzten Absätze, der die Vergehen den ordentlichen Gerichtsbehörden zuweist, also nicht wie bisher sie den Schwurgerichten überläßt. In der Begründung sagt der Minister offen, weshalb diese Änderung in dem Gerichtsverfahren vorgenommen werden soll. Er gibt zu, daß die in dem Gesetz vorgezeichneten Vergehen in den Wirkungskreis der Schwurgerichte gehören. Nach den in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen habe jedoch das Schwurgericht dem König gegen Weibungen seinen Schutz geboten. Es unterlege daher keinen Zweifel, daß die betreffenden Urteile andere Personen ermutigen und daß sie geeignet sind, die Autorität des Königs zu schwächen. Dies soll das neue Gesetz verhindern.

Gegen diesen Akt der kaiserlichen Regierung haben sich die drei Parteien verbunden. Auch die liberale Opposition, die die Volkspartei wollen diese Verbindung hätten. Die Arbeiterpartei, durch den Akt mit der Opposition gezwungen, bietet weitere Gefolgschaft zu leisten, wurde von der Programmdirektion des neuen Ministerpräsidenten nicht überführt. Die Drohungen mit einem Streikgesetz und mit der Revision der Arbeiterversicherungsstelle ging an der Arbeiterpartei spurlos vorüber. Sie ist auch überzeugt, daß Tisza die Arbeiterpartei bilden lassen will für die Interferenzierung der Opposition.

Die Stimmwahlen zum nächsten Landtage endeten mit einer Niederlage der Liberalen. Gewählt wurden 7 Sozialdemokraten und nur ein Liberaler.

Frankreich.

Die wirtschaftlichen Folgen der dreijährigen Dienstzeit wurden am Montag in der Kammer von Albert Thomas, Mitglied der Vereinigten Sozialisten, in einer wirksamen Rede eingehend dargelegt. Er bekämpfte die dreijährige Dienstzeit von wirtschaftlichen Standpunkte aus, denn diese würde der Landwirtschaft und der Industrie noch 200000 Arbeiter entziehen, welche dann durch fremde ersetzt werden müßten, was für die Produktion in Frankreich eine neue Gefahr bedeute. Der Ministerpräsident mußte dagegen nicht mehr als die üblichen „patriotischen“ Phrasen vorbringen. Interessant war seine Mitteilung, daß das „verbündete Ausland“ gleichfalls die nötigen Anstrengungen mache, damit die französische und die russische Armee bereit seien, allen Eventualitäten zu begegnen. Diese Bemerkung rief „auf allen Bänken“ des Hauses „ambalante Bewegung“ hervor. Der Kriegsminister Clémenceau legte sich nochmals für die dreijährige Dienstzeit mit dem Hinweis ins Zeug, daß sie die einzige Möglichkeit sei, die Armee in die Lage zu versetzen, den verärrteten deutschen Streitkräften entgegenzutreten. „Niemand kann den Kampf wünschen, aber wir wollen, wenn es dazu kommen sollte, bereit sein, ihn zu begegnen.“ Das ist die ganze Tragweite des Gesetzes. — Danach wurde der Schluß der Debatte mit 433 gegen 125 Stimmen beschlossen. Der Abg. Baillaud brachte einen Antrag ein, in dem die Auflösung der Kammer ergefordert wird. Der Antrag wurde mit 412 gegen 149 Stimmen abgelehnt und die Sitzung wurde aufgehoben.

In Beginn der Sitzung leitete der Präsident mit, daß Jaurès eine Interpellation eingebracht hat über die letzten Kämpfe der französischen Truppen in Marokko. Der Ministerpräsident Barthou schlug vor, die Verhandlungen über die Interpellation auf nächsten Freitag festzusetzen. Jaurès war damit einverstanden.

Holland.

Die Provinzialwahlen haben der sozialdemokratischen Partei auch am dritten Wahltage einen ansehnlichen Erfolg gebracht. In Amsterdam z. B. stieg unsere Stimmzahl im dritten Kreis von 3044 auf 6824 in drei Jahren, im fünften Kreis von 2068 auf 4086, im neunten Kreis von 4178 auf 7361, in Rotterdam im ersten Kreis von 1951 auf 3510, im zweiten Kreis von 1381 auf 3164, im vierten Kreis von 1319 auf 3850, im Haag von 3836 auf 8621, in Utrecht im ersten Kreis von 723 auf 1925, im zweiten Kreis von 589 auf 2504, in Haarlem von 864 auf 3091, in Groningen von 1208 auf 2733 usw. Es gibt eigentlich keinen Wahlkreis im ganzen Lande, in dem nicht ein überwältigender Stimmengewinn zu verzeichnen ist. Schon jetzt steht fest, daß die Sozialdemokratischen am kommenden Dienstag (heute) der sozialdemokratischen Partei einen großartigen Wahlsieg bringen werden.

Marokko.

Der Aufstand. Wie aus Mogador gemeldet wird, ist der Präsident El Giba, von dem es kürzlich hieß, daß er von seinen Anhängern vollständig verlassen worden sei, von neuem mit einer beträchtlichen Anzahl in der Gegend von Mogador zugetreten. — Nach einer Meldung des Gouverneurs von Melilla wurde der im Sagahair zum Sultan ausgemerkte Senghitti auch von mehreren Stämmen in der spanischen Zone als Sultan anerkannt. — Die Kommande der spanischen Generals Primo de Rivera, die sich in der Stellung bei Mauritien befindet, hat einen Angriff zahlreicher Rebellen abgewiesen; sie verlor 10 Tot und 22 Verwundete, darunter einen Oberleutnant, zwei Hauptleute und einen Leutnant.

Paris, 16. Juni. Wie aus Tetuan gemeldet wird, haben die Spanier am 14. d. M. nach erbittertem Kampfe die Höhen von Tafelara genommen. Die spanischen Verluste beliefen sich auf 8 Offiziere und etwa 30 Mann, die der Mauren auf über 300 Tote.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Der Verband sozialdemokratischer Wahlvereine für Berlin und Umgebung hielt am Sonntag in Berlin eine Generalversammlung ab. Aus dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl und auch die Zahl der Abonnenten des Vorwärts zurückgegangen sind. In der Diskussion über den Geschäftsbericht ging Gen. Stabibagen in längeren Ausführungen auf diese bedauerliche Tatsache ein. Er glaubt den Wägdung der Abonnenten zum Teil auf die Haltung des Vorwärts zurückführen zu müssen. Die Versammlung beschloß, in einer außerordentlichen Verbandsgeneralversammlung über den beantragten Ausbau der Organisation, über die Haltung des Vorwärts und über die beantragte Einführung des Wochen-Abonnements zu beraten und Beschlüsse zu fassen. — Der bisherige Zentralvorstand wurde wiedergewählt. — In der Streitfrage Braun und Linde gegen Borchardt wurde beschloffen, im Mitteilungsblatt des Verbandes, das über die Verhandlungen der Untersuchungskommission berichtet hat, noch nachträglich die Verteidigungsrede Borchards ausführlich zum Ausdruck zu bringen.

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Kreisvereins Essen wurde am Sonntag in Essen abgehalten. Aus dem Geschäftsbericht ist folgendes hervorzuheben: Die Zahl der männlichen Mitglieder stieg bei letzter Abstimmung am 60 auf 3901, die der weiblichen um 181 auf 1248. Der geringe Anstieg wird auf die besonders schwierigen Verhältnisse in Essen zurückgeführt. Nicht nur stehen sich viele Arbeiter von der Arthropischen Wohlfahrtsvereinigungen gegenüber, sondern es ist auch noch die Bewegung der Gelben hinzuzukommen, deren Einfluß sich bei den Kommunalwahlen und auch bei den Landtagswahlen bemerkbar machte. — Die Einrichtung einer Zentral-Bibliothek und von Filialen in sieben Landorten hat sich bewährt. Daneben soll eine Landesbibliothek eingerichtet werden. — Die Jugendbewegung hatte stark unter den polizeilichen und gerichtlichen Verfolgungen zu leiden. — Die Auffstellung der Reichstagskandidaten wurde nach lebhafter Debatte einer hierfür besonders einzuvernehmenden Kreisversammlung übertragen.

Die Jahreskonferenz des ersten braunschweigischen Reichstagswahlkreises nahm am

Sonntag in Braunschweig zur Weisheit folgende Resolution gegen vier Stimmen an: „Die Aussonderung hält die Arbeitsruhe für die wichtigste Form der Weisheit und Beschäftigung. Die Weisheit bleibt aufrecht erhalten, aber die Weisheit wird verpflichtet, mit allen Kräften für die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai zu wirken.“ — Die Resolution soll sowohl dem Landesparteitag wie auch dem deutschen Parteitag unterbreitet werden.

Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis 1 führt in Lippstadt am Sonntag in Demb. Bericht wurde, daß die Zahl der Mitglieder im abgelaufenen Geschäftsjahre sich von 1044 auf 1175 gehoben hat. Darunter befinden sich 87 weibliche Mitglieder. Die Zahl der Ortsgruppen beträgt jetzt 30. In 16 Gemeinden waren 39 Vertreter. Von der Wahl eines Delegierten zum Parteitag in Jena wurde Abschied genommen, weil eine demoralisierende Erfahrung zum lippischen Landtage die finanziellen Mittel der Organisation in Anspruch nimmt.

Volkswirtschaftliches.

Entwicklung der Fleischpreise seit 1816.

Das Preis-Stat. Landesamt veröffentlicht in der letzten Nummer seiner Zeitschrift eine interessante Uebersicht über die Entwicklung der Fleischpreise für die wichtigsten Fleischsorten in Preußen im Laufe von nahezu 100 Jahren. Wenn auch die Preisentwicklung während der ganzen Zeit nicht die gleiche gewesen ist, so sind doch die Abweichungen nicht so groß, daß sie die Vergleichbarkeit aufheben. Der Statistik zu Grunde liegen bis zum Jahre 1908 sämtliche Preisberichte der amtlichen preussischen Preisstatistik, von 1909—1912 die 50 Preisberichte der Statistischen Korrespondenz. Die amtliche Statistik gibt die Preise für jedes Jahr einzeln an. Wir haben der besseren Vergleichbarkeit halber sie zu zehnjährigen Perioden zusammengerechnet und nur für die letzten Jahre die Detailsiffern wiedergegeben.

Es betragen die Preise im Kleinhandel für 1 Kilogramm in Pfennig

in den Jahren	Rindfleisch	Schweinefleisch	Kalb- fleisch	Gesamts- fleisch
1816—1820	66	80	—	—
1821—1830	47	54	—	—
1831—1840	52	62	—	—
1841—1850	57	71	—	—
1851—1860	71	92	—	—
1861—1870	87	104	—	—
1871—1880	115	125	100	109
1881—1890	117	124	103	112
1891—1900	125	130	120	122
1901—1910	144	150	132	150
1911	167	149	137	177
1912	181	167	137	188

Die Steigerung ist, wie man sieht, eine enorme, auch wenn man den geklärten Wert des Geldes in Betracht zieht. Bereits das Jahrzehnt 1901—10 brachte gegenüber der Ausgangsperiode mehr als eine Verdoppelung der Preise für Rindfleisch, die in den beiden letzten Jahren nahezu zu einer Verdreifung geworden ist. Nimmt man das Jahrzehnt 1821 bis 1830 als Ausgangspunkt, so kommen bei jeder nahezu zu einer Verdoppelung. Prozentmäßig nicht ganz so enorm ist die Preissteigerung bei Schweinefleisch gewesen, obwohl auch hier ein Verdacht der Preise von 1912 mit denen des Jahrzehnts 1821—1830 mehr als eine Verdreifung ergibt. Da die Produktionskosten des landwirtschaftlichen Betriebes nicht annähernd in dem gleichen Verhältnis gewachsen sind, gleichzeitig aber auch die Produktivität durch Verwendung schneller reiferer Rassen, geeigneter Fütterung usw. bedeutend gehoben hat, so ergibt sich daraus eine enorme Steigerung der Gewinne der Landwirte, ohne daß dadurch freilich ihre „Notleidenschaft“ kleiner geworden wäre.

Ein Kampf.

Bekannt ist, daß den Zwischenhändlern ein vollgültiger Maß Schuld an dem hohen Fleischpreisen trifft. Zeitweise sehr bedenklich ist die Macht, die von den organisierten Viehkommissionären ausgeht wird. Das erhält aus einem Rundschreiben des Verbandes rheinischer Genossenschaften über eine Mahnung des Vereins Kölner Viehkommissionäre. Danach ist den Anleitern von Schweinen angeordnet worden, daß ab 10. Mai von ihnen 2% Prozent vom Bruttowert der verkauften Tiere erhoben werden. Das macht bei einem Gesamtauftrieb des Kölner Marktes von 400 000 Schweinen, bei 50 Pf. mehr für das Tier, einen Gesamtbetrag von 200 000 M., aus, den in Zukunft die Produzenten an die Viehkommissionäre mehr zu zahlen haben. Das diese bei der Entwicklung der Verhältnisse bisher zu kurz gekommen wären, davon hat man bisher noch nichts gehört. Wenn sie den Verkäufern die Bedingungen diktiert können, dann beweist das allerdings, daß ihre Verleugungsgenossenschaft nicht auf der Höhe stehen. Warum schalten man den überflüssigen Zwischenhandel nicht vollständig aus?

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Seit vielen Jahren bin ich zum erstenmal wieder meine Schmerzen los.

Ein unvergleichliches Mittel.

Ein Herr aus Bonneneringen berichtet: „Als ich so plötzlich erkrankte, von meinem Leben nicht, hatte ich keine Wahl, daß ich dieses den Zeitungen mitteilen würde, wenn ich bis zum Ende der Woche keine Schmerzen mehr haben würde, damit auch andere Kranke hiervon erfahren würden. Es befiel mich kein Zweifel mehr darüber, daß ich geheilt bin. Geheilt, nachdem ich viele Jahre hindurch Tag und Nacht die entsetzlichen Schmerzen gehabt habe. Was hätte es für mich bedeutet, wenn ich kein Mittel, das mir half, ergebe? Ich bin davon überzeugt, daß es jeden Schmerz heilt, wenn er auf Gelenks-, Nerven-, Kopfschmerzen u. dergl. zurückzuführen ist. Kein Fall hätte schlimmer sein können, als der meine!“

Ich gebe daher jedem Kranken den Rat, sich aus der nächsten Apotheke das überaus billige und unfehlbar wirkende Schmerzmittel zu besorgen. Diese Ausgabe wird Ihnen nie leid tun. Drei Tabletten auf einmal genommen, führen augenblickliche Erleichterung herbei. Das Präparat ist vollkommen harmlos, obwohl die Wirkung rasch und sicher ist.

Die Hauptmarke

„Unsere Marine“
GEORG A. JASMATZKI A.G. DRESDEN
Grösste deutsche Cigarettenfabrik

Die beste PFG Cigarette

Auf dem Wege zur Verständigung.

Sofia, 17. Juni. Nach Mitteilung von zünftiger Stelle ist die Antwort auf den serbischen und griechischen Vorstoß über die Demobilisierung heute überreicht worden. Die Antwort erklärt, die Demobilisierung nur für den Fall anzunehmen, daß die Verbündeten einer gemeinsamen Verwaltung der jürrigen Gebiete zustimmen.

Die Antwort ist der Ref. Jg. zufolge wohl als der Ausgangspunkt der entscheidenden diplomatischen Verhandlungen zwischen Serbien und Bulgarien zu betrachten. Bulgarien gibt seine Bedingungen für die Annahme des serbischen Vorstoßes bekannt, nämlich die Unterwerfung unter das Schiedsgericht und die Zulassung bulgarischer Besatzungen in Mazedonien. Ein weiteres besteht in der formellen Lösung des Streites, letzteres soll für die Durchführung der Note wirken. Nimmt Serbien diese Bedingungen an, dann kann der Friede als gesichert betrachtet werden. Andernfalls kommt es zum Kriege. Die Entscheidung muß binnen einer Woche, spätestens aber in zehn Tagen erfolgt sein.

Meinungsverschiedenheiten unter den Großmächten.

Wien, 16. Juni. In hiesigen politischen Kreisen verläuft, daß das Zeitgenosse des Jeter an den hiesigen sowie an den ausländischen König unter den Großmächten eine Verschiedenheit der Auffassung darüber hervorgerufen hat, ob eine Festlegung der Schritte wegen der Demobilisierung der Balkanarmeen noch irgendwelchen praktischen Zweck haben kann. Jedenfalls habe die österreichisch-ungarische Monarchie nicht die Absicht an diesem Schritte, der bisher nur in Belgard unterzogen wurde, noch weiter teilzunehmen.

Zur Ermordung Mahmud Scheffet Paschas

Sofia, 17. Juni. Die Mörder sind durchweg antürkische Persönlichkeiten, längt bekannt als politische und gemeine Banditen. Spieler, Alkoholiker, Gewerke. Daß sie nicht auf eigene Rechnung handeln, ist sicher. Beziehungen führen von diesen einerseits zu einigen Männern der liberalen Partei, andererseits zu den früheren Anhängern Abdul Samids. Wie weit sich das Positive nachweisen läßt, wird die Untersuchung zeigen. Möglich, daß es zwei Kategorien von Antifürken gab: jene, die das Geld gaben und auch sonst aktiv mitwirkten, und andere, die das Geld hergaben, das durch die Mittelspersonen zur Auszahlung gelangte. Diese letzteren, die von Anfang bis zu Ende weit außerhalb der Schußweite blieben, werden kaum auf die Anklagebank gebracht werden können. Man wird hier wohl bis zu Ende auf Vermutungen angewiesen bleiben. Soviel ist sicher, daß es nicht darauf abgesehen war, sofort einen Regierungswechsel vorzunehmen. Der Plan scheint vielmehr der gewesen zu sein, mit den bedeutenden Männern der jüngeren Türkei aufzutreten, durch systematischen Terror eine Regierungsumwälzung herbeizuführen und die Verhältnisse zum Regierungswahl zu bringen. Die Untersuchung über den Mordanschlag hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich gezogen. In Sofia, 17. Juni. Das Wort Tasvir-i-Ettifir behauptet, die Untersuchung über den Mordanschlag hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich gezogen. In Sofia, 17. Juni. Das Wort Tasvir-i-Ettifir behauptet, die Untersuchung über den Mordanschlag hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich gezogen.

Die Internationale der Kronentönnige.

Der Kriegsminister v. Seeringen hat im Reichstage den unglücklichen Versuch gemacht, der Firma Krupp das Zeugnis ausstellen zu lassen, daß Deutschland ihr so viel zu verdanken habe. In Wirklichkeit hat diese Firma sich niemals von anderen Motiven leiten lassen, als von denen eines möglichst hohen Gewinnes. Das Sprichwort, daß Geld nicht riecht, hat selten jemand so gut verstanden wie diese Blüte des internationalen Kapitalismus.

Die Firma Krupp, das muß ein für allemal festgesetzt werden, hat sich niemals in der langen Zeit ihres Bestehens von irgendwelchen Rücksichten auf das Interesse Deutschlands weiten lassen. Kruppische Kanonen haben Söhne des deutschen Volkes in China niedergemetzelt und Kruppische Kanonen sind unmittelbar vor dem Kriegsbeginn 1870 Frankreich angeboten worden. Jahre sind inzwischen verfloßen, aber Krupp ist sich treu geblieben.

Noch mehr, er hat sich vervollkommen, er hat von der Konkurrenz gelernt. Die Vorbeeren, die sich seine Kollegin, die Firma Schneider u. Co., in der Plünderung des französischen und anderer Staatsbudgets erworben hat, haben ihn nicht schlafen lassen. Der eine wollte mehr Geld verdienen als der andere, sie unterboten sich und kamen schließlich zur Erkenntnis, daß sie auf falschen Wegen wandelten. Im Interesse ihrer und anderer Nationen schlossen sie deswegen ein Bündnis. Und in ihrer Begeisterung für die Verbindung der Völker, für den wahren Internationalismus, riefen sie die anderen, noch arbeitenden, die von England und von Amerika hinzu. So wurde das Schicksal und Freundschaftsgeschlossen, das den Völkern ihrer selbstigen Nationen von nun an die Sicherheit gab, unter sich ungetrübten den Raub zu teilen.

Auf Grund einmündiger und nicht wiederlegter Informationen hat unter französischer Genosse Vorjiz festgestellt, daß es im November 1899 war, als sie sich zusammenfanden, um den Vertrag zu befestigen. Das Geheimnis der Verhandlungen konnte leicht bewahrt werden, denn sie waren nicht zahlreich. Sie bildeten vier Gruppen:

1. Die deutsche Gruppe, nämlich Krupp und die Aktiengesellschaft der Dillinger Güterwerke;
2. Die französische Gruppe: Schneider u. Co., (de Cruesot), Marine-Gombourt (Saint-Gamond) und Cailillon-Commentry;
3. Die englische Gruppe: Widors, Magin, Cammel Laird, John Brown;
4. Die amerikanische Gruppe: Carnegie, Bethlehem.

Für jede dieser vier Gruppen wurde ein Haupt bestimmt. Krupp für Deutschland, Schneider für Frankreich, Widors für England; Amerika ließ sich gleichfalls durch Widors vertreten

Der in der Ausbeutung erfahrene war Schneider von Cruesot. Eine lange Praxis in seinem Lande hatte ihn gelehrt, mit dem geringsten Aufwand von Kraft die höchste Leistung von Staatsbudget zu erzielen. Hatte er doch erfolgreich, bevor er nach dem Internationalismus wanderte, die Organisation der nationalen Verteidigung in die Hand genommen! Wie hatte er es verstanden, unter den Mitgliedern eines französischen Konföderiums die Lieferungen von Panzerplatten zu erteilen! Auf Grund seiner Erfahrungen wurde er zum Oberhaupt, zum Sekretär ernannt.

Der Vertrag war sehr einfach und wurde in gemessener Weise ausgeführt. Er sollte das Sekretariat einen „Standard price“, einen Normalpreis sein. Bei Wertens der Kanoneninternationale wurde alsdann ein jeder der Mitgliedsstaaten durch das Los bestimmt, ein Gebot abzugeben, das etwas höher als der „Standard price“ war. Später wurde die Reihenfolge der sich Überbieten im voraus festgelegt. Die anderen Firmen mußten mit höheren Preisen und längeren Fristen submittieren. Nachdem das Geschäft zustande gekommen ist, wird nach den Bestimmungen des Vertrags der Verdienst geteilt. Jede Gruppe muß für die von ihren Mitgliedern erhaltenen Lieferungen 80 Prozent des Betrages dem Sekretär, Herrn Schneider, abliefern. Alle drei Monate wird der Ertrag unter sämtliche Mitglieder verteilt, und zwar erstehen hierauf anfangs die französische und englische Gruppe je drei Zehntel, die deutsche und amerikanische Gruppe je zwei Zehntel. Innerhalb der Gruppen fand eine weitere Verteilung durch den Haupt jeder Gruppe, in Deutschland also durch Krupp statt.

Im Jahre 1902 trat die Gesellschaft Armstrong in Newcastle der Vereinbarung bei. Der Anteil der englischen Gruppe wurde von drei Zehntel auf vier Erhöht.

Das Jahr 1906 hat das englische Haus Beardmore Mitglied werden und England nahm für sich einen Anteil von fünf Zwölftel in Anspruch.

Auch Amerika machte Fortschritte. Im Jahre 1907 wurde die Firma Midvale Steel zugelassen und man referierte den Amerikanern nimmere sämtliche Lieferungen für den neuen Kontinent. Die gemeinsame Kasse erhielt von ihnen nur noch die Beträge aus ihren Lieferungen nach Europa.

Mit dem 30. April dieses Jahres ging der Vertrag zu Ende. Von neuem wurde eine in den Annalen des Internationalismus berühmte Zusammenkunft festgesetzt. Krupp von Deutschland, Schneider von Frankreich, Widors von England werden sich wiederum einfinden, sich die Hände schütteln und verständnisvoll über diejenigen lachen, die nicht alle werden und die ihnen die Taschen lachen. Und sie werden dieses Mal auch noch italienische und japanische Panzerplatten- und Kanonenpatronen in ihren Bund aufnehmen. Acht Tage später wird Herr v. Seeringen dem anständig höflichen Volke wiederum erzählen, was es alles dem Hause Krupp zu verdanken habe und wie diese patriotische Kanonenfabrik nur zum Nutzen der deutschen Nation arbeite.

Der 10. Genossenschaftstag.

k. v. Dresden, 16. Juni 1913.

In dem großen, auf das prächtige ausgeschmückten städtischen Ausstellungspalast trat am Montag nachmittags der zehnte deutsche Genossenschaftstag zusammen. Er ist von etwa 1000 Personen besucht.

Als Gäste sind u. a. erschienen als Vertreter des sächsischen Ministeriums des Innern Regierungsrat Dr. Kuppert, drei Vertreter des Dresdener Stadtrats, drei Mitglieder des Reichstages, drei Vertreter der dänischen, österreichischen, schwedischen, russischen, französischen, englischen, schweizerischen, belgischen und italienischen Konsumvereine und des internationalen Genossenschaftsbundes. Der Genossenschaftstag wird von Konrad Barth eröffnet. Die Leitung der Tagung übernehmen Barth, Lorenz und Wegel.

Fürsitzendes ist Dresden, die Verammlung im Namen des Konsumvereins Vorwärts-Dresden. Er erinnert an die Gründungsbewegung in Dresden vor zehn Jahren, nachdem in Kreuznach geschlossen wurde, was nicht zusammengehört. Die damals die moderne Konsumgenossenschaft ausgeschlossen, erweisen sich als die Kraft, die das Volk will und freis das Volk schenkt. Seit jenen Tagen sind die Genossenschaften gewaltig emporgehoben worden. Die Mitglieder und der Angetriebenen, denen vorbildliche Arbeitsbedingungen geboten werden konnten. Gleichzeitig mit der Tagung kann die Genossenschaft Vorwärts, die alle Konsumvereine Dresdens mit einer einzigen Ausnahme in sich aufgenommen hat, ihr 25-jähriges Bestehen feiern. Der Verein hat eine prächtige Entwicklung genommen, er zählt 60 000 Mitglieder, hat 117 Verkaufsstellen und einen Umsatz von 24 Millionen Mark und er trägt sich außer auf die sichere Grundlage eines festen Kapitals auf den besten Referenzfonds, das unbedingte Vertrauen der Mitglieder. (Bravo!) Wir gedenken heute der Gründer des Vereins. Wenn auch die Vereine keine Politik treiben und sie weder treiben dürfen noch wollen, so haben sie keinen Anlaß zu irgendwelcher Hypokrisen, zu feinen Überden von denen, von denen Fleisch und Blut wir sind und bleiben. Wir wollen treu zu ihnen halten, die allein in der Lage sind, die Fesseln zu zerbrechen, die man der Genossenschaftsbewegung entgegen bringt (Schloßter Beschl.) Auch in Dresden ist die tolle Unmöglichkeit eingeführt worden; aber durch einen Sanitätsbeschl. ist diese für die Zukunft unmöglich gemacht worden und wo sie in Sachsen besteht, muß sie spätestens 1924 beseitigt werden. Möge auch sonst in Deutschland den Gegnern der Genossenschaftsbewegung ihre unheimlichen Bestrebungen unmöglich gemacht werden! (Schloßter Beschl.)

Es folgen darauf in warmen Worten der verstorbenen Förderer der Genossenschaftsbewegung, namentlich des so früh verstorbenen Vorsitzenden des Zentralverbandes Max Madefod. Die Versammelten ehren das Andenken der Toten.

Es folgen darauf eine Reihe Begrüßungsreden der erschienenen Gäste. Der sächsische Ministerpräsident begrüßt die Tagung im Auftrag des Dresdener Stadtrats und des sächsischen Volksrates. Er betont den Wert der Konsumgenossenschaften für die selbstbeständigen Angehörigen und wünscht der Tagung besten Erfolg.

Für den internationalen Genossenschaftsbund und die schweizerischen Konsumvereine spricht A. G. H. (Schweiz). In seinen Ausführungen weist er auf die Anstrengungen der Genossenschaften in der Schweiz hin, die u. a. eine Schuhfabrik und die größte Mühle der Schweiz besitzen und auch schon die Einrichtung einer Volksfürsorge ermogeln haben.

Der belgische Delegierte dankt der belgischen Arbeiter für die Unterstützung, die ihnen die deutschen Arbeiter ihrer Anstrengungen entgegengebracht haben. Er schildert die interessante Zusammenkunft der belgischen Ge-

nosenschaften, die sich wesentlich in den Dienst politischer Bestrebungen gestellt haben. Mit Nachdruck weist er auf die Bedeutung hin, die die Konsumgenossenschaften im letzten Generalkongress gezeigt haben.

F. d. e. r. e. n. - K. o. p. e. n. g. e. n. gibt ein Bild von der dänischen Genossenschaftsbewegung, die sich ausbreitet durch starke Agrarwirtschaft, die auch schon eine Teilnahme für Bruttofrankate errichten konnte. Die dänische Genossenschaftsbewegung ist vollkommen neutral und wenig in ihrem alle Parteien.

M. o. s. t. - M. a. n. c. h. e. r. feiert die hohe Bedeutung der Genossenschaftsidee, die nach Robert Owen die Arbeiter zu Herren der Industrie machen, die Emanzipation der Arbeiter und den Frieden der Völker herbeiführen soll. Die englischen Genossenschaftler befragen, daß ihrem Beispiel auf dem Kontinent nachgemacht werden soll.

S. o. n. n. s. M. a. n. c. h. e. r. zeichnet die vorbildliche Entwicklung der englischen Großindustriellen, die jetzt einen Umsatz von 600 Millionen Mark hat, der zu einem Viertel aus der Eigenproduktion stammt und weit über 2 Millionen Mitglieder umfaßt.

S. e. l. e. s. Paris begrüßt in den deutschen Arbeitern die Weisheit und Beherrschung der Organisation. In Frankreich ist im letzten Jahr die Gründung neuer Genossenschaften unter den neuentstandenen Genossenschaften folgend geworden. Er hofft, daß der Gegensatz zwischen dem deutschen und dem französischen Volk beseitigt werde im Sinne des Sozialismus.

S. a. l. - M. a. n. n. i. n. g. bringt die Grüße der österreichischen Genossenschaftler.

I. m. B. e. r. l. i. n. spricht die Wünsche der Generalkonmission und der vertretenen Genossenschaften aus. Die Genossenschaftsbewegung ist wie die Gewerkschaftsbewegung dem fruchtbarsten Boden der Arbeiterklasse entpflanzten. Das Ziel beider Organisationen weist sie aufeinander hin. Beide können einander und haben sich gegenseitig im parlamentarischen Zusammenwirken zu unterstützen. Und in dieser Hinsicht ist schon vieles geschaffen worden, als letzte Frucht die Volksfürsorge. Mögen die Arbeiter zum Zweck der Volksfürsorge (Beifall.) Wir zweifeln nicht daran, daß auch das weitere Zusammenarbeiten fruchtbar sein wird.

U. e. b. e. r. den internationalen Genossenschaftstag, der im August in Glasgow abgehalten wird, spricht Kaufmann-Sambura. Er berichtet über die geplanten Beratungen und macht Mitteilungen über die Verschiedenheiten in der Zusammenkunft des internationalen Genossenschaftstages. Die deutschen Genossenschaftler werden fünf Vertretungen erhalten, von denen eventuell einer an die Baugenossenschaften abgetreten werden soll, keinesfalls aber den Genossenschaften, die sich als Zerstückler der Bewegung erweisen haben. Dem Kongress soll eine Resolution für den Vorkriegsstand und gegen die Stützungen eingebracht werden (Beifall.)

Die Sitzung wird mit einem Hoch auf den internationalen Genossenschaftsbund geschlossen.

Gewerkschaftliches.

Borussisches von der deutsch-schweizerischen Grenze.

Aus der Schweiz wird der L. B. geschrieben: Einen großen „Erfolg“ haben deutsche Polizisten und Gendarmen an der badisch-schweizerischen Grenze „errungen“. Ihr eifriges Streben, die arbeitswilligen Arbeiter zu „schützen“, hat zu Zusammenstößen mit den Streikenden geführt. Bereits am Freitagabend sah es in den Grenzgebieten aus, als wäre der Festsetzungszustand vorhanden, obwohl die Streikenden sich ruhig durch Zugemärden schimmelter Art die Regierung schick gemacht und die Polizisten gegen die Streikenden aufgestellt hatten, erreichten die Schaufmacher ihren Zweck; dort wurden, weil es ihnen die deutschen Polizisten seit Wochen so vorgekam, die Polizisten als Schuttruppe der Streikbrecher aufgestellt, die die Streikbrecher nach Hause zu begleiten hatte. Dadurch entstand der übliche Anlauf, höhnische Worte fliegen hinüber und herüber, und das machte auch in Basel die Polizisten nervös: als sie Freitag wieder ihre Lieblinge begleiteten, hieben sie gleich nach dem ersten Anlauf wie toll in die Menge ein, trieben die Flüchtenden vor sich her, schlugen im Lauf auf Männer, Frauen und sogar Kinder ein und gebärdeten sich genau so, wie die Unternehmer es gewünscht.

Wie der Baseler Vorwärts feststellt, sind sogar Kinder, die hingefallen waren, von den Polizisten mit Schellen an geschlagen worden, ein mehrere Unfälle, die nach dem aufreißenden Transport der Streikbrecher aufstanden, Schädel, Hände und Rücken zertrümmert worden! Die ganze Stadt ist erregt und während über den Einzug prüflicher Patrouillen in der „freien“, von einem sozialdemokratischen Präzidenten registriert Stadt.

Was aber tat die Baseler Regierung, als sie von diesen Schandtaten hörte? Sie gab dem Drängen der in Schwülenditen kommenden Färbereibeher nach, ließ die Polizei verstärken und bereitete noch in derselben Nacht das „Militär aufgebots vor!“ (Die „freie“ Schweiz kann alles — nur keinen Streik vertragen. . .) Sie verfügte, daß sich sofort zwei Kompagnien des Bataillons 87 auf West zu stellen, die h. zum sofortigen Ausmarsch gegen die Streikenden (!) bereit zu stellen hätten! (Der sozialdemokratische und ein bürgerliche Minister stimmten dagegen.) Und nun kommt das Scher. Diese Mobilisierung der Milizen wirkte aufreißend über ermunternd auf die deutschen Behörden, und noch in derselben Nacht wurde auf deutscher Seite verfügt, daß sich Montag früh zwei Kompagnien Infanterie mit Maschinengewehren (!) nach Freiburg zu begeben haben, um die „Ordnung“ aufrecht zu erhalten. Und auch, daß dies auf eidgenössischer Seite beauftragt worden war, da mobilisierte man auch dort: eine eidgenössische Schwabron Dragoner erhielt Befehl, sich für Montag früh ebenfalls bereit zu halten! Heute also, am „Jubeltage des deutschen Kaisers“, rüden deutsche Soldaten gegen deutsche Arbeiter aus, die deutsche Fabrikanten, die sich hungernden Textilarbeitern gegenüber aufreißend benehmen, zu schütten! Da die Baseler Beobachtung sich das, wie der Baseler Vorwärts mittelt, nie und nimmer gefallen lassen, sondern alle Mittel dagegen erschöpfen werden, so ist nicht ausgeschlossen, daß die bürgerliche Regierung vom Freitag am Montag in verhältnismäßigem Maße sich wiederholen werden. . .

Volksbewegung auf den Sechsfünftelwerten.

Die Arbeitsverhältnisse auf den Sechsfünftelwerten sind noch viel weniger geteilt, als die in der letzten anderen Beiräten. Von den Arbeitern wissen wir, daß sie in der letzten Beiräte noch länger haben, weiß man auf den Sechsfünftelwerten nicht. Auch

Die letzte größere Bewegung der Werftarbeiter im Jahre 1910 hat seine heftigste Regung herbeigeführt. Es wurden zwar die Differenzen nach längerem Kampfe durch Verhandlungen von Organisation zu Organisation soweit ausgeglichen, daß der Kampf aufgehoben wurde, aber die erzwungene Regelung ist nicht entfernt eingetreten. Es ist nach der Rohmerzeugung von 1910 zu einem ruhigen Verhältnis zu den Werften wesentlich nicht gekommen, es hat eine ganze Anzahl Differenzen zwischen den Arbeitern und den Betriebsleitungen gegeben, denen in der Hauptsache die zu niedrig angelegten Einstellungspläne, die unregelmäßige Arbeitszeit, die Überbelastung und die Unabhangigkeit der Bestimmungen über die Arbeitsverhältnisse zugrunde liegen. Die Arbeiter wünschen, daß diese Regelung herbeigeführt wird. Sie sind zu diesem Zwecke durch ihre Organisation mit bestimmten Vorschlägen an die Werften herangetreten.

Die Forderungen der Werftarbeiter sind in der Hauptsache: Die tägliche Arbeitszeit soll 9, an den Sonnabenden in Hamburg 7 und auf den Werften an anderen Orten 8 Stunden betragen. Dies ist jetzt noch auf den Hamburger Werften die 66 stündige, auf den anderen Werften die 66 stündige wöchentliche Arbeitszeit. An den Tagen vor den hohen Festen soll eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit eintreten. Eine, nach den örtlichen Verhältnissen bemessene Erhöhung der Entlohnung ist bis zu 8 Pf. pro Stunde. Die Erhöhung ist einschließlich des Lohnausgleichs für Verkürzung der Arbeitszeit gedacht. Festsetzung der Einstellungspläne für Winterabläufe. Der Einstellungslohn soll nur vorübergehend in Anwendung kommen, deshalb soll nach Wiederherstellung der Beschäftigung die Erhöhung und Festsetzung der eigentlichen Lohnes mit den Arbeitern vereinbart werden. Der Betrag, um den der Stundenlohn erhöht werden soll, ist ebenfalls nach den örtlichen Verhältnissen bemessen und richtet sich nach dem Ausgange der Verhandlung über die Arbeitszeit in die Höhe. Die verlangte Erhöhung bewegt sich bis zu 7 Pf. pro Stunde.

Die Entlohnung für Lehrgararbeiten ist heute sehr verhältnismäßig. Ähnlich verhält es sich mit der Vergütung der Nacharbeit und der Werkstoffarbeit. Die Vorschläge zur Regelung der Nacharbeit gehen dahin, daß es dem Arbeiter ermöglicht wird, unter den gegebenen Verhältnissen auch einen angemessenen Aufwandslohn zu erzielen zu können. Wenn der Aufwand zu niedrig ausfällt, ist es dem Arbeiter ein Eingangsrecht zuzuerkennen. Den Einrichtungen zum Schutze von Gesundheit und Leben wird in den Forderungen besondere Aufmerksamkeit zugewendet. Die Unfallgefahr ist im modernen Schiffbau recht groß. Das Erlernen der Arbeiter, ihnen das Recht zuzugestehen, Vorschläge für die erforderlichen Einrichtungen zu machen, ist durch die verschiedenen Vorfälle gebietet.

Stetlich müßten auch die Arbeiter einen Ferienurlaub unter Fortzahlung des Lohnes. Es ist wohl das Erfahrene, daß die Werftarbeiter mit dieser Forderung an die Unternehmer herantraten. Sie ist durchaus zeitgemäß. Die Einrichtung ist übrigens keine Neuerung mehr, in vielen Staats- und Privatbetrieben hat sie bereits Eingang gefunden. Soweit der wesentliche Inhalt der Forderungen, die den Werften am Dienstag, den 17. d. M., zugehen. Vertreter werden die Forderungen von den auf Werften beschäftigten freien Gewerkschaften, denen die Reichsdarlehner-Gewerkschaften angegeschlossen haben. Wichtige sind in den Forderungen enthalten ist, bedeutet in weiter nichts als eine Regelung im Arbeitsverhältnis und kann, ohne nennenswerte Anwendungen zu veranlassen, von den Werften erfüllt werden. Es wäre also zu wünschen, daß bei den vorausichtlich stattfindenden Verhandlungen zwischen den Parteien ein friedlicher Abschlus erzielt wird.

Der Generalstreik in Mailand.

Die Behörden haben, wie es in einer Meldung so schön heißt, „alle Maßregeln getroffen, um die Ordnung aufrecht zu erhalten.“ — Nach einer Vernehmung kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Streikenden, Polizei und Militär, wobei ein Mann getötet wurde. Die Soldaten durch Schüsse und Stöße vertrieben wurden. (Wieviel aber Streikende verhaftet wurden das berichtet die Meldung schamhaft.) Die Menge wurde schließlich „auseinandergetrieben“ und mehrere Verhaftungen vorgenommen. Der Streikenshauwerk wurde nach 6 Uhr abends eingestellt und ruft nun vollständig.

Soziales.

Schulkinderspeisung.

Eine unsägliche Fülle des Elends bedrte vor einigen Jahren die bei den Vorkriegern der Berliner Volksschulen veranfaltete Linnage auf, die ergab, daß 14 000 Berliner Schulkinder regelmäßig zu Hause kein warmes Mittagessen erhielten und daß von diesen Kindern 600 auch am Abend keine warme Mahlzeit blieben während bei weiteren 1908 das wenigstens käuflich war. Und ergänzt wurden diese traurigen Zahlen durch die bei einer vom Verein für Kinderwohlthätigkeit im gleichen Jahre (1907) veranfaltete Erhebung, die ergab, daß in Berlin täglich 14 000 Kinder ohne Frühstück waren, darunter 9904 schulpflichtige.

Die Notwendigkeit eines Eingreifens gegenüber diesen Zuständen, die ja auch auf die Fertigkeit der Kinder den schärfsten Einfluß haben mußten, lag auf der Hand und so bewilligte denn die Stadt die Mittel, die notwendig waren, um für die Kinder, die regelmäßig überhaupt keine warme Mahlzeit erhielten und für die Hälfte von denen, bei denen dies öfters der Fall war, Essen zu beschaffen. Die Stadt besetzte sich zu diesem Zwecke mit dem Verein für Kinderwohlthätigkeit in Verbindung, dem für jede Mahlzeit ein Zuschuß von 10 Pf. bewilligt wurde. Mit der Speisung wurde am 1. Februar 1908 begonnen; es zeigte sich jedoch im Laufe des folgenden Winters, daß nicht für 3400 Kinder, wie ursprünglich angenommen, sondern für 4800 Kinder Speise bestellt wurde und die weiteren Bewilligungen zugrunde gelegt. Der Zuschuß mußte also auf 100 000 M. erhöht werden, da der Verein für Kinderwohlthätigkeit einen Zuschuß von 11 Pf. pro Portion als notwendig bezeichnete. In dem Etat von 1910 wurden dann 120 000 M. und in den für 1911 120 000 M. eingestellt, da in diesem Jahre die Speisung auch auf die Ferien ausgedehnt wurde.

Im Etatjahre 1912 fand dann eine weitere Ausdehnung der Einrichtung statt. Es wurden in diesem Jahre durchschnittlich 6100 Kinder täglich (mit Ausnahme der Sonntage) gespeist; der Zuschuß an den Volksschulkindern wurde auf 12 Pf. erhöht, weil nach den Ermittlungen des städtischen Untersuchungsausschusses der Fettegehalt der Mahlzeiten nicht genügend war. Ferner wurden in dem genannten Jahre noch 800 Pflegslinge der Lungenfürsorge, Schlundfürsorge und sonstiger Fürsorgeeinrichtungen täglich kostenfrei und weiteren 800 Kindern gegen Zahlung von 10 Pf. warmes Mittagessen gewährt. Eltern, die infolge ihrer Beschäftigung ihren Kindern kein warmes Mittagessen geben können, aber auch die Speisung mit städtischer Unterstützung nicht wünschen, können nämlich gegen eine Zahlung von 10 Pf., ohne daß dabei die Bedürftigkeit geprüft wird, ihre Kinder zum Essen in die Kinderwohlthätigkeit schicken.

Dies hier Gesagte und in so kurzer Zeit zu relativem Wohlstandes der Bevölkerung durch den ebenfalligen Anerkennung von

läßt den Wunsch regt werden, daß alle anderen Städte, die sich bis jetzt noch nicht zur Kinderwohlthätigkeit entschlossen haben, dem guten Beispiel bald nachfolgen werden. Inwiefern wird demnächst ein eingehender Bericht über die Erfolge und Erfahrungen der ersten fünf Jahre der Schulspeisung in Berlin erscheinen.

Halle und Saalkreis.

Da 11 (Saale), den 17. Juni 1912.

Parteiversammlung.

Gesinnungen und Gesinnungen! Der nationale Dummheit, der in diesen Tagen in Stadt und Land umgeht, hat ein lebhaftes Interesse dafür erweckt, einmal vom sozialdemokratischen Standpunkt aus diese patriotischen Reden zu befragen. In dem Gesinnungen Lied, dem Zentral-Wahlkampf in Berlin, ist ein geeigneter Redner gefunden, der am Donnerstag in der Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins das **Vertrauensstimmungs-Jubiläum** behandeln wird.

Gesinnungen und Gesinnungen! Kommt zahlreich zu dieser aktuell gehaltenen Versammlung.

Die Junter bezahlen nicht!

Wie sich Agrarier von den Einkommensteuern befreien.

In unserem gestrigen, unter dieser Überschrift veröffentlichten Artikel wurde gesagt, in welcher Weise es die Junter und deren treue Knappen es verstehen, trotz aller Patriotismus sich von der Zahlung des Mehrbetrages zu drücken. Heute soll, wie angekündigt, nachträglich auf Grund eines in Nr. 222 der Halle'schen Zeitung erschienenen Artikels nachgewiesen werden, daß es den Junkern, die es verstehen, ein Leichtes ist, sich auch von der Einkommensteuer zu drücken. Den Agrariern, die bisher ehrlich genug waren, ihr Einkommen zu versteuern, hilft nämlich in dem erwähnten Artikel die vornehmliche, über alles Hallische erhabene Halle'sche Zeitung auf die Schliche, damit ihre agrarischen Freunde nicht mehr so „bunnen“ sein sollen. Steuern zu bezahlen. Diese Pflicht überlassen sie bekanntlich am liebsten denen, die nicht alle werden.

In dem genannten Artikel erwähnt sich das Wort „höchste“ darüber, daß es schlechte Menschen gibt, die die juristischen Steuerinteraktionen beim richtigen Namen nennen, das Kommando aber haben, daß die Höcker mit den Grundbesitzern der Einkommensteuerzahlung und den ihr zugrunde liegenden Verhältnissen nicht vertraut“ seien. Nach diesen Grundfragen finde nicht mehr die frühere eine Festsetzung der Steuer durch Schätzung, sondern eine Berechnung nach dem „wirklichen“ Einkommen statt. Im aber das tatsächliche Einkommen feststellen zu können, müsse man „ordnungsmäßig“ geführte Bücher haben. Das von der preussischen Junterkammer geschaffene preussische Einkommensteuergesetz ist nämlich ein gar kurioses Ding mit vielen grausamen Fällen für die Arbeiter und ebenso vielen Hintertüren für die Junter, durch die sie nach Belieben dem Steuerregulator bequem entweichen können.

Jeder Arbeiter muß das tatsächliche Einkommen auf Heller und Pfennig versteuern, das er im verflochtenen Jahre gehabt hat, gleichviel, ob es durch langweilige Überstunden oder durch die Ironie seines Weibes oder seiner Kinder zusammengebracht worden ist. Es ist sogar noch schlimmer. Ist er im Laufe des vorhergehenden Jahres länger als 10 Wochen außerhalb des Landes gewesen, so hat sich sein Einkommen dadurch verringert, so kann ihm sogar das unmaßliche Einkommen des nächsten Jahres angedreht werden, obwohl gar nicht vorauszuweisen ist, ob er es auch wirklich verdient. Für einen Arbeiter kann es also kein Entzinnen geben. Er muß jeden Pfennig — eher mehr als weniger — versteuern. Anders bei den Junkern.

Für sie steht das Gesetz die Bestimmung vor, daß der Gewinn oder Verlust der letzten drei Jahre zusammengestellt werden kann, und aus dem Durchschnitt dieser Periode kann sich dann jeder den versteuerbaren Gewinn „herausrechnen“. Am feinen Feiern die Sache „richtig klar“ zu machen, jaunter die Halle'sche folgendes Beispiel: Sie nimmt an, daß das Geschäftsjahr 1911-12 jedem Grundbesitzer einen Verlust von 60 M. pro Morgen gebracht hat. Für die Jahre 1909-10 und 1910-11 setzt sie einen Gewinn von 25 M. pro Morgen an. Das für das Steuerjahr 1912 zu versteuernde Einkommen wird sich demnach wie folgt gestalten: Verdienst in den Vorjahresjahren 1909-10 und 1910-11 pro Morgen 25 M., $\times 2 = 50$ M. Verlust im Jahre 1911-12 = 60 M. verrechenbares Einkommen drei Jahre nach Nullsummenansatz. Nun kann es aber vorkommen, daß drei gute Jahre hintereinander kommen, und die Junter könnten Gefahr laufen, Steuern zahlen zu müssen. Das wäre aber ja gelacht. Aber „richtig“ rechnen kann, dem kann es etwas nicht passieren. Ihm wird sich stets Gelegenheit bieten, durch größere Abschreibungen, Verlust an Vieh, oder durch Nichtbearbeitung von „Anland“ sein Vermögen so zu deklarisieren, daß er stets unter dem steuerpflichtigen Einkommen bleibt. Im ihren Feiern jedes Gefühl der Beklemmung zu nehmen, schreibt die Halle'sche ausdrücklich im Sperrdruck:

Es entspricht deshalb vollständig den gesetzlichen Bestimmungen und tatsächlichen Verhältnissen, wenn größere Landwirte, die ordnungsmäßig Buch führen, in diesem Jahre kein oder nur ein geringes Einkommen zu versteuern.

Wir möchten nun das heilige Beispiel noch ein wenig deutlicher gestalten und stellen fernerhin fest, daß wenn die Agrarier nun in den beiden dem nächsten Jahre folgenden Jahren wieder die oben erwähnten Verluste von 25 M. pro Morgen machen, sie nach dem Durchschnittsberechnungen drei oder vier Jahre hindurch keine Steuern zu zahlen brauchen. Und inzwischen wird sich schon wieder ein neuer Trick finden!

Es sieht also das von ihnen selbst und nur in ihrem Interesse geschaffene Steuergesetz aus, Grund dessen die nationalen Junter sich jedesmal auf drei Jahre überhaupt kein steuerpflichtiges Einkommen herausrechnen. Jeder „Verfälschende“ kann sich danach ein Bild davon machen, wie traurig es in den Schöpfungen und großen Landwirten unserer agrarischen Aussicht. Sollte es aber trotzdem noch Vorgesell geben, die an dieser Artum zweifeln, so verweisen wir darauf, daß die Junterkammer leider nur als Offiziere dienen können. Wir verweisen auch auf die großen Hochzeiten, die die Agrarier zu feiern verstehen, und bei denen ein halbes Dutzend Schen, 20 Schenken, einige Hundert Hüner und sonstige Festlichkeiten, mit dem nötigen Fest hinuntergeplagt, das beste Zeugnis von der Armut ablegen. Auch die vielen Reue, Streit und Ausschweifung sowie das Wohnen in den vornehmsten Hotels in der Großstadt und der Verzeile mit „lieblichen“ Reinen der Bühne und sonstiger reizender Geschöpfe geben Zeugnis von ihrer Armut. Da kann es denn auch nicht unbemerkend, wenn der auf dem Lande wohnende Landwirtsträger oder gar der Richter des Agrariers Einkommensteuern bezahlt, während der „Acker“ selbst steuerfrei bleibt.

Als Ergänzung zu diesem fleißigen Bild sozialer Gerechtigkeit sei noch darauf aufmerksam gemacht, daß, während infolge der Mißwirtschaft 1911 die Agrarier drei Jahre keinen Pfennig Steuern zahlen, die Arbeiter, trotzdem sie mit ihren Familien unter der Zuerung am meisten litten, jeden Pfennig Einkommen versteuern mußten. Für sie gibt es bei der tollsten Zuerung keine Hintertüren!

Der Gewerkschaftsfestzug verboten.

Verpflichtete Verfahren! Das Verbot des Festzuges! Wer die Macht hat, hat das Recht! Die Macht dieses Anspruchs hat die Halle'sche Arbeiterkammer (sich so oft am eigenen Leibe verspüren müssen. Und so ist jetzt auch zu dem in diesem Jahre stattfindenden Gewerkschaftsfest der Arbeiterkammer verboten, einen Aufzug zu machen. Der Kartellvorstand des Gewerkschafts hatte im April bei der Polizeiverwaltung um die Genehmigung eines Aufzuges nachgelassen in der Erwartung, daß der Gerichtshof seine Genehmigung und die Erlaubnis erteilt würde. Doch der Ratshof hat die 5000 Arbeiterkammer. Dem Gewerkschafts fest darauf folgenden Geschehnisse.

Die Genehmigung, am Sonntag, den 8. Juli 1912, nachmittags von 1 Uhr ab nach Hofplatz aus durch die Ludwig-Bucherer-Straße, Karl-Friedrich-, Albrechtstraße, Bernburger Straße, den Mühlweg und die Burgstraße nach dem Volkspark einen Aufzug zu veranstalten, wird verweigert. Die schwierigen Verkehrsverhältnisse der meist von Straßenbahngleisen durchzogenen Straßen, besonders aber die durch die zu erwartende große Teilnehmerzahl bedingte Ausdehnung des Zuges lassen, namentlich in Anbetracht des Sonntags, befürchten, daß der Verkehr und damit die öffentliche Sicherheit durch die Veranstaltung empfindlich gefährdet wird.

Selbstverständlich konnte man sich mit dieser Begründung des Aufzugsverbots, die in keiner Weise dem Sinne des Reichsgesetzes entspricht, nicht befriedigen. Man sieht im Verbot des Aufzuges, daß die Genehmigung zu einem Aufzug von der Teilnehmerzahl abhängig gemacht werden kann? Wo ist zu lesen, daß die Straßenbahngleise maßgebend für ein Aufzugsverbot sind? Die bekannte Gefährdung der öffentlichen Sicherheit muß, wie ja das Oberverwaltungsgericht erst vor kurzem entschieden hat, durch Tatsachen bewiesen werden. Die Polizei hat es nicht für nötig gehalten, sich dieser Mühe zu unterziehen. Im Gegenfall zu vorbegehenden Jafern, in denen die Umzugsverbote mit den zu Verbrechen neigenden Elementen der Großstadt verbot, oder auf die „herausfordernde Gegenwart“ des Aufzugs hinwies, macht sie sich in diesem Jahre ganz besonders leicht. Es wurde deshalb beim Regierungspräsidenten Beschwerde erhoben, und darin ausgeführt: Die Verhinderung des Aufzuges durch den Aufzug eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit eintreten kann. Die Polizeiverwaltung kann sich auf nur auf die zu erwartende große Teilnehmerzahl berufen. Diese bildet aber an sich noch keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Denn kann würde großen Korporationen ein Aufzug überhaupt unmöglich gemacht. Auch die Verkehrsverhältnisse in den bezeichneten Straßen sind nicht so schwierig, wie die Polizeiverwaltung behauptet. Jene Straßen, welche von der Straßenbahn berührt werden, wie die Buchererstraße, die Bernburger Straße und der Mühlweg, sind so breit, daß sich der Aufzug auch noch bequem durchsetzen kann. Wir bitten daher um Aufhebung des Verbots.

Nach dieser wohlüberlegten Beschwerde schien der Regierungspräsident auch keine weiteren Verbotswilligen ausfindig machen zu können, und es wurde „Weg aus dem Verbot“ nach dem Antrag, und die Halle'sche Polizei wird wohl Bescheid wissen. Er ließ also dem Kartellvorstandenden in lafonischer Kürze folgendes mitteilen:

Ihre Beschwerde vom 2. v. M. über die Verfüzung der Polizeiverwaltung vom 22. April d. J., durch die Ihnen die Genehmigung zu einem für den 6. Juli in Aussicht genommenen Aufzug verweigert worden ist, weise ich aus den in der Verfügung angegebenen Gründen zurück.

So, nun nicht ihr Verbot, ihr Halle'sche Arbeiter. Es liegen in verschiedenen angegebenen Straßen Gleise und das genügt uns, auch den Aufzug zu verbieten. Aber das ist es ja nicht allein, was den Kern der Sache ausmacht. Ihr bringt eine zu große Teilnehmerzahl auf, das ist der Hauptgrund, warum man euch nicht sehen will. Wenn dem Unbedeutendsten die Zahl der Organisierten klar vor Augen geföhrt werden kann, so daß er sich lösen muß, diese ruhige betonnene Maßnahme, die mit feinem Geist merkwürdig, ist etwas Einwärtsrollen, und ihr Auftritten ein durchaus verständliches, so bekommt selbst der Feindliche Respekt dabei. Die Redensarten von den verrohten und zu Erscheinen neigenden Arbeitern zerfallen dabei wie Nebel vor der Sonne. Das ist es, was die Gewaltfächer fürchten. Sie wollen den Speichergang möglichst in der Ungeheimheit tappen lassen, damit ihm das Schwerten mit dem roten Lappen immer wieder und wieder die nötige Angst vor der Kanaille Arbeiter einflößt. Die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit ist das beste Mittel, die Masse in ihre Föhlen zu jagen.

Ganz anders war's gestern mit den Studenten. Die haben getrunken zu Ehren eines Jubilars sogar einen Zug mit Waffen und Kreuzen, haben Aufstellungen, natürlich ohne die für Arbeitererzeugung so empfindliche „öffentliche Sicherheit“ dabei zu gefährden. Sie zogen vom Domplatz aus nach dem Markt. Dort wurde eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel abgehalten, unter Protection der Polizei. Von da aus zogen die Waffen und Kreuzenträger durch die enge Leipziger Straße, Martinsberg, Friedrichstraße, Albrechtstraße, Hermannstraße, Bettiner Straße, Mühlweg, Adolfsstraße, Richard-Wagner-Straße, Ludwig-Bucherer-Straße, Leisingstraße nach dem Hofplatz. Und die Masse zusammengekommen wurden. Soweit nur unterrichtet sind, hat sich während der Demonstration kein Zwischenfall ereignet. Ja, könnte man einwenden, es handelt sich hierbei auch um Studenten und nicht um ungebildete Arbeiter. Recht richtig, aber sind es sie, die großen Unruh, Studenten, von denen berichtet wird, daß sie verurteilt sind? Aber bei der Entstehung oder ruhestörenden Lärm Anschlag überkommender Jugendbuben ist es bekanntlich der Triebfeder gemeiner Jugendkraft genannt wird. Wenn zwei baselische tun, so ist es nicht baselische. Aufzüge dürfen eben nur „Gebildete“ machen. Um uns das vom Oberpräsidenten befehligen zu lassen, wird gegen den Bescheid des Regierungspräsidenten Beschwerde erhoben. Kommt die Polizei mit ihrer Begründung wirklich durch, dann die Umzugsverbot, für immer. Mit der Begründung ist jeder Umzug von Arbeitervereinigungen größerer Städte zu verbieten. Das neue Reichsgesetz ist einfach erledigt.

„Nicht gilt es vor allem, durch fleißige Verarbeitung für einen Aufhebung des Gewerkschaftsfestes zu sorgen, und durch die geführte „große Teilnehmerzahl“ zu demonstrieren gegen Ungehormsamkeit und Polizeiverwaltung. Auf zur Herrschaft, auf zum Gewerkschaftsfest!

